

Danziger Volksstimme

Die "Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins-Haus monatlich 2,60 Mk., vierjährlich 7,80 Mk. - Postbezug außerdem monatlich 30 Pf. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spindhaus 6. - Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Ausgabepreis: Die 8-seitige Zelle 20 Pf., von auswärts 75 Pf., Arbeitsmarkt u. Wohnungsmarkt noch bei Tarif, die 3-seitige Schlanze-Zelle 200 Pf. Bei Wiederholung Rabatt. - Abnahme bis 9 Uhr. Eingeladen 20 Pf. - Postgeschäft Danzig 2045. Expedition: Am Spindhaus 6. - Telefon 8290.

Nr. 37

11. Jahrgang

Freitag, den 13. Februar 1920

Bankrott des Bolshevismus.

Um das Rheinland.

In den Betrachtungen unseres gestrigen Leitartikels, die aus Anlaß der neuen französischen Drohnote die besonderen französischen Absichten im Gegensatz zur englischen Entente-politik betonten, erhalten wir von einem gutunterrichteten Kenner aus Berlin folgende Ausführungen. Wenn darin der neueste Übergriff Millerands in der Kohlenlieferung auch noch nicht erwähnt werden konnte, so ergänzen seine Darlegungen unsere Ausschüttungen hinsichtlich des Gegensatzes in der Entente doch sehr bemerkenswert.

Redaktion "Danziger Volksstimme."

Man spricht sehr viel von den Personen, deren Auslieferung die Entente fordert, man soll dabei nicht übersehen, daß es eigentlich garnicht um sie geht, sondern um die Zukunft des Rheinlandes. Das Land links des Rheins, das war der Punkt, auf den das militärische und annexionistische frankreich während des Krieges wie hypnotisiert erstarrt hat. Wie seinerzeit unsere Generale bestimmte vorgerückte Grenzlinien als Sicherungen gegen den Osten forderten, so forderten die französischen Generale, um den nächsten Krieg gegen Deutschland bequemer führen zu können, den Rhein.

Der französische Annexionismus war bei den geheimen Verhandlungen zwischen den Alliierten, in denen das Dokument von Versailles entstand, nicht in der Lage, diese wahnsinnig übertriebene Forderung durchzuführen. Er gab deshalb aber seine Pläne nicht auf. Man kann den ganzen Friedensvertrag von Versailles aus diesem Gesichtspunkte heraus als ein Instrument betrachten, das den Zweck hat, die Loslösung des Rheinlandes und seine dauernde Unterstellung unter französischen Einfluß entgegen dem Wortlaut des Vertrages gleichsam automatisch durchzuführen.

Der Vertrag enthält eine Unmenge von Forderungen, von denen jeder Mensch weiß, daß Deutschland sie garnicht erfüllen kann. Und diejenigen, die sie gestellt haben, wissen es am allerbesten. Denn wenn sie glauben würden, daß diese Forderungen erfüllbar seien, hätten sie ganz gewiß andere gestellt, die unerfüllbar sind. Es ist genau dieselbe Taktik, die die Mächtiger des alten Österreich bei ihrem Ultimatum an Serbien befolgt haben. Man stellt dem Gegner Bedingungen, die er nicht erfüllen kann, damit man dann mit ihm, dem augenblicklich schwächeren, machen kann, was man will.

Herr Millerand hat in der Pariser Räumung triumphierend seine letzten Artikel des Dokuments von Versailles gütig, die von den sogenannten Bürgschaften für die Durchführung handeln. In ihnen wird gesagt, daß die Alliierten die fünfzehnjährige Ratskommuniste im Maßstab nach Belieben ausdehnen können, wenn Deutschland die ihm aufgelegten Verpflichtungen nicht erfüllt. Frankreich ist, das beweist schon sein berüchtigter Geheimvertrag mit dem Baron, in das linksrheinische Gebiet hineingegangen in der Hoffnung, nie wieder aus ihm hervorzugehen. Die vorausgehende und vorausgesetzte Nichterfüllung der unumstößlichen Friedensbedingungen soll ihm den Vorwand dazu bieten.

Zu diesem Zweck hat Frankreich, das mit seinen direkten Forderungen bezüglich des Rheinlandes nicht durchdrang, die Auslieferungsartikel und andere immobile Bedingungen in den Friedensvertrag hineingebracht. Die englische Regierung hat aber schon im Dezember 1918 öffentlich erklärt, daß sie die französischen Annexionsabsichten nicht billigt. Ebenso wenig haben die anderen Verbündeten ein Interesse daran, daß ein neues größeres Elsass-Lothringen geschaffen wird, um das Übermächtige Frankreich auf dem Kontinent für alle absehbare Seiten zu schützen.

Die Verbündeten oder wenigstens ein Teil von ihnen, scheinen nun begriffen zu haben, daß Frankreich die Auslieferungsfrage als eine Gelegenheit behandelt, um das zu erreichen, was sie ihm nicht gewähren wollen. Daraus erklären sich die Meinungsverschiedenheiten in der Auslieferungsfrage, die allem Anschein nach im Lager der Entente entstanden sind.

Frankreich kann eigenmächtig weder die Auslieferungsstellen verlängern, noch den Charakter der Besetzung als solcher ändern. Dazu bedarf es eines Mandates der Gesamtheit der Entente, und dieses Mandat ist es augenscheinlich, um das sich jetzt letzten Grundes der ganze Streit unter den Alliierten dreht.

Das ist der wirkliche Stand der Dinge, daß man neuerdings auch im Lager der französischen Sozialisten ein etwas besseres Verständnis entgegenzubringen scheint. Der Kampf um den Besitz des Rheinlandes wird in die Form eines Kampfes gegen den deutschen Militarismus gefleidet, und die in Frankreich populäre Forderung der Auslieferung wird als Vorwand zu annexionistischen Zwecken mißbraucht. Es scheint, die französischen Sozialisten sehen allmählich ein, daß es nicht ihre Sache sein kann, sich zu einem solchen Vorwand herzugeben.

Im Übrigen ist zu bemerken, daß die Begleitsätze zur Auslieferungsliste keinen Termin stellen, innerhalb dessen die Auslieferungen vollzogen werden sollen, und überhaupt

in keiner Weise den Charakter eines Ultimatums tragen. Ob die Antwort auf die deutsche Note vom 25. Januar einen solchen Charakter tragen wird, muß abgewartet werden. An der Tatsache, daß keine deutsche Regelung imstande ist, die Auslieferung zu vollziehen, könnte ja auch durch ein Ultimatum nichts geändert werden. Das Rheinland wird aber von Deutschland niemals aufgegeben werden, und wenn es den Franzosen gelänge, sich dieser Beute einzuseilen zu bemächtigen, so würde der Kampf um sie niemals aufhören. Nach der offenen oder verschleierte Annexion des Rheinlandes durch Frankreich würde es in Deutschland nur noch sehr wenige Befürworter geben. Das Programm der meisten Deutschen würde dann lauten: Wiedergutmachung des Unrechts, wieder Vereinigung des gewaltsam zerrissenen Deutschland, wenn es geht, auf friedlichem Wege. Aber nur, wenn es geht!

Abschaffung der Arbeiterräte in Rußland.

Es geht offensichtlich mit Riesenschritten abwärts in Rußland mit der seit jeher nur durch blutigsten Terror aufrecht erhaltenen Gewaltherrschaft der Lenin, Trotzky und ihrer Anhänger. Mit der Auflösung der russischen Nationalversammlung und der Unterdrückung vor allem der sozialistischen Presse, begann ihr Kampf gegen das heilige Menschenrecht der Demokratie. In weiterer Folge preßten sie auch den in ihren schußigen Agitationsphrasen verhimmelten Soldaten und Arbeitern jeden Schein von Recht ab. Die Soldatenräte sind längst ins alte Eisen geworfen. Man holte die zaristischen Offiziere zurück und führte eine Disziplin ein, wie sie blutiger und mörderischer kein Jar aufrecht erhalten hat. Dann rief man notgedrungen die kapitalistischen Betriebsleiter zurück. Man müßte sie, von der Not getrieben, begreifen, daß der Kapitalismus nicht bloß Ausdeutung, sondern vor allem ein wirtschaftliches System ist, das sich nur durch eine organische Entwicklung, wie gerade Karl Marx es überzeugend nachweist, zu höheren Wirtschaftsformen emporführen läßt.

Mit diesen Maßnahmen begnügten sich die verzweifelten Bolschewiki aber nicht. Sie haben das Wirtschaftsleben Rußlands so völlig verwüstet, daß sie selber den Achtstundentag aufzuhören, um die Arbeitsfreudigkeit wieder zu beleben. Und nun hat ihr völliger Bankrott sie auch nicht vor der Auflösung der von ihnen noch unfähig für heilig erklärten Arbeiterräte zurücktrecken lassen. Nach einer Meldung der "D. J." aus Helsingfors vom 12. Februar veröffentlicht das amtliche Sowjetorgan "Rote Stille" folgenden Erlaß:

"Die Fabrikäste und die Komitees der Arbeitervertreter, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Industriezentren geschaffen wurden, erwiesen sich entgegen ihrer Bestimmung als die Ursache großer Schäden. Sie haben zur Demoralisierung der Arbeiterschaft und zur völligen Zersetzung der Fabrikfeuerungen geführt. Angesichts dieser Umstände ist die Regierung gezwungen, die Arbeiterräte aufzulösen."

Wollte man bloß schadenfroh sein, so könnte man nichts dringender wünschen, als daß unsere unzähligen und kommunistischen Raubhelden alleamt in das russische Paradies ihrer Sehnsucht versetzt werden könnten. Der praktische Abschauungsbericht im Kutterlande Lenins würde ihnen und auch uns außerordentlich nützlich sein. Leider muß aber befürchtet werden, daß der totale Zusammenbruch des Bolschewismus von den Gegnern, den Sozialisten, diesem aufs Konto gelegt wird und vor allen auch des Selbstberufstheims der Kapitalisten gewaltsam wegführt. Das ist eben der Fluch der Barbarei der Diktatur, daß sie naturnotwendig die ihr durchaus wesensverwandte Reaktion der Gegenseite bis zum Höchstmaß stärkt. Deshalb ist es die besondere Aufgabe der Sozialdemokratie, sich auch in dieser Beziehung als die sozialistische Kulturpartei zu erweisen und dafür zu sorgen, daß der russische Staatsbankrott des diktatorischen Terrors als praktisch wertvollster Abschauungsunterricht der gesamten Arbeiterschaft die Überzeugung gibt, daß nur die demokratische Gleichheit alles, was Menschenartig trägt, uns die Zukunftsgesellschaft sozialistischer Freiheit bringen kann.

Die Abstimmung in der zweiten Zone.

Jenaburg, 12. Febr. Auf Grund einer Eingabe der interalliierten Kommission ist die Abstimmung für die zweite Zone von Nordschleswig auf Sonntag, den 14. März verschoben worden.

Mit dem Verlust der ersten Abstimmungszone mußte in Deutschland gerechnet werden. War in diesem Gebiet doch auch bei den Reichstagswahlen stets ein Däne gewählt worden. Unders liegen die Dinge in der jetzt zur Abstimmung kommenden zweiten Zone. Diese hat eine deutschsprachige Mehrheit und wenn in den nächsten Wochen von Deutschland eine gleich großzügige Agitation getrieben wird wie in der ersten Zone von Dänemark, so ist zu hoffen, daß wenigstens dieser Teil Schleswigs der deutschen Republik erhalten bleibt.

Zusammentritt des Völkerbundes.

Der Rat des Völkerbundes ist in London zu einer Sitzung zusammengetreten. Zu Berichterstattungen wurden ernannt: Balfour für die Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund, Herraris für die Geschäftsordnung, Co-couamanos für das Saargebiet, Hyman für Danzig, Bourgeois für den ständigen Internationalen Gerichtshof, Quenones de Leon für den Strafverfahren, Du Canha für die Regime, Motail für den polnischen Minoritätsvertrag.

Der Berichterstatter für den Freistaat Danzig, Paul Hyman, ist ein bekannter belgischer Politiker und Gelehrter. Er war vor dem Kriege Führer der belgischen Bergleute und bekleidete während des Krieges mehrere Regierungsposten. Er ist mit den Verhältnissen in Deutschland gut vertraut, da er es auf mehreren Reisen besucht hat.

Die englischen Liberalen für Revision des Friedensvertrags.

Der Führer der Liberalen im englischen Unterhaus Sir David Maclean hat einen Abänderungsantrag befehlend die Revision des Friedensvertrages eingeführt. Er erklärte, daß auch der französisch-englisch-amerikanische Vertrag abändernd werden müsse.

Bei der Debatte über den liberales Abänderungsantrag im Unterhaus, in dem die Unmöglichkeit der Ausführung verschiedener Bestimmungen des Friedensvertrages hervorgehoben wird, erklärte Maclean, für die von Deutschland zu leistenden Wiedergutmachungen sollte eine endgültige Summe festgelegt werden. Die Länge der Liste der Kriegsverbrecher mag das ganze Verfahren praktisch unzureichend bar. Wenn das Verfahren in angemalter Weise durchgeführt werden sollte, würden langjährige internationale Gerichtshöfe die Folge sein.

Hyde für Mitteleuropa.

London, 12. Febr. (Reuter.) Unterhaus. Chamberlain erklärte: Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Hilfeleistung für Mitteleuropa sei die britische Regierung bereit, neben den bereits bewilligten 12½ Millionen Pfund Sterling einen weiteren Beitrag beizusteuern, der nicht mehr als die Hälfte der von den Vereinigten Staaten beigebrachten Summe ausmache und 10 Millionen Pfund nicht übersteige.

Deutschland ist von diesem Mittel Europa nur die Staaten Deutsch-Österreich, Polen-Slowakia und Polen umfaßt.

Die Auslieferungsfrage.

Eine Antwort auf die deutsche Frage ist bisher nicht eingegangen.

Präsident Fehrenbach beachtigt die Nationalversammlung zum 24. Febr. einguberufen. Sollte bis dahin das Material zu der Auslieferungsfrage nicht vollständig vorliegen, daß es zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden kann, so wird die Nationalversammlung in der Erledigung der laufenden Vorlagen fortfahren.

Wie der "Berwörts" aus Frankfurt am Main meint, nahm eine Vertragsmännerversammlung der dortigen sozialdemokratischen Partei eine Entschließung gegen die verlangte Auslieferung deutscher Kriegsgefangener an. Eine gerichtliche Untersuchung ohne Anhänger der Berliner sei zu verlangen. Die Angeklagten müßten über vor ein und zwanzig Jahren deutsches Gericht gebracht und würden nicht der Richtung der schuldbeadenen Gegner ausgetragen werden.

Die Neuwahlen zum Reichstag.

Dem Vernehmen nach sollen die Neuwahlen zum deutschen Reichstag im Juni stattfinden. Eine offizielle Bekanntgabe dieser Nachricht fehlt bisher.

Französisch-englischer Gegensatz.

Die Verständigung, die zwischen den beiden europäischen Hauptmächten der Entente wegen der Auslieferungsfrage entstanden ist, scheint erheblich ernster zu sein, als es anfänglich schien. Die bemerkenswerte Entwicklung dieses Gegensatzes tritt auch in einer Neuierung des Pariser "Temps" hervor, die die "D. F." aus Paris unter dem 9. Februar wiedergibt. Die Neuierung des Blattes muß um so mehr beachtet werden, als es mit französischen Regierungskreisen stets gute Fühlung gehalten hat. Die Meldung der "D. F." führt aus:

"Der "Temps" schlägt gegen England einen Ton schärfsten Bestrebens an, wie er seit Bestehen des Bündnisses wohl noch nicht gehört worden ist. Die ganze Welt wisse, daß die Bestrafung nur darum einen so bedeutenden Platz in den Friedensbedingungen einnehme, weil Lloyd George es so für die Wahlen brauchte. Noch auffallender ist die Form des englischen Vorgehens. Von bisherigen Gebräuchen abweichend, treffen die Häupter der Alliierten diese Woche in London zusammen. Nichts hindere sie, bis dahin zu warten zur Aufrechterhaltung gemeinsamer Front. Ende vorigen Jahres sollte England den größten Teil deutschen Kriegsgerütes erhalten. Infolge dieser endlosen Verhandlungen wurde die Gefangenschaft Deutscher in Frankreich verlängert, der ganze deutsche Zorn also gegen Frankreich gerichtet. Die auch jetzt von Lloyd George ausgeschiedenen Maßnahmen werden wiederum, da England nötiglich nachgiebig wird, Frankreich von den Deutschen zur Stütze gezeigt. Der "Temps" läßt eine große Propaganda vor durch Verbreitung der Schuldigenlisten in der ganzen Welt. Durch Westabstimmung droht Deutschland moralische Verfehlung, wenn es mit notorischen Verbrechern sich solidarisch erklärt. Wenn Lloyd George preußische Nationalität glauben macht, daß es ihnen gelinge, die Entente zu erneuern, so arbeite er gewiß nicht für die Festigung der deutschen Demokratie und des internationalen Friedens. Wer heute Deutschen erlaubt, sich ungestrickt um Hindenburg zu scheren, müsse später zur Verantwortung gezogen werden."

In der deutschen Parteipresse wird das Drängen Frankreichs in der Auslieferungsfrage vom einem offensichtlich außen Rennen der Verhältnisse wie folgt den Widerschaffen des neuen Ministerpräsidenten Millerand zuschrieben:

"Das Geheimnis ist noch nicht enthüllt, wie es Millerand eingesenkt konnte, die Zustimmung Englands zur Abfassung der Auslieferungsliste in ihrer jetzigen Form zu erhalten. Denn doch es bloß Millerands Werk ist, daß entgegen Englands anfänglichem Widerspruch, doch die Anträge auf Auslieferung so zahlreicher Deutscher gestellt wurden, muß als leistungsfähig gelten. "Havas" hatte zwar vor einer Woche eine Meldung der Londoner "Evening News" dementiert, daß England für die Herabminderung der Zahl der Ausliefernden eintrete; dennoch war diese Nachricht richtig, und eift Millerands eindringlichem Zureden gefolgt es, die enothe Regierung zu bewegen, den verhängnisvollen Schritt mitzumachen. Was Millerand mit dieser Aktion beweist, ist klar: Einerseits muß er seine Zustimmung bei den französischen Chauvinisten rechtfertigen, denen er durch die Erneuerung Steuern zum Minister des Innern verdächtigt wurde. Untererlebt legt er es öffentlich darum an, Konflikte mit Deutschland beizuführen, um seine fast unehrenhaft gewordene Stellung zu befestigen, von der er nur zu genau fühlt, daß sie, sobald Deschanel am 18. Februar den Präsidentenstuhl besteigt, ihr Ende nehmen muß. Millerand hat schon heute bewiesen, daß er seine einzige der französisch bedrohenden inneren Krisen zu lösen imstande ist. Ob es ihm gelingen wird, seine Unentbehrlichkeit zu beweisen, wenn er in jeder Weise gegen Deutschland scharf macht, darf indessen bezweifelt werden. Wenn er darauf hinweist, daß England und Frankreich in der Frage der Auslieferung endlich wieder einmal geeinigt vorstehen, so mag das in Frankreich für kurze Zeit gute Wirkung tun; aber lange wird sich nicht vorbergen lassen, daß in den weit wichtigeren Fragen, die Russland und die Türkei betreffen, Englands Wege von denen Frankreichs weit auseinandergehen und denen gegenüber Englands Zustimmung in der Auslieferungsfrage für Frankreich materiell sehr wenig zu bedeuten hat. Bedauerlich bleibt natürlich Englands Haltung in dieser Frage, indem es die Stimme der Vernunft, die kurze Zeit bereits sprechen zu wollen schien, doch wieder zum Schweigen brachte und den französischen Alliierten den Siegesdienst erwies, sich zu keiner Einsicht zu befehlern. Vorläufig wird also wieder einmal auf Seiten Deutschlands die französisch-englische Freundschaft nördlich zusammenhalten. Gebald Millerand nach London reist, um die Lösung der türkischen und russischen Frage zu versuchen, darf man schon wieder mit einer Erfüllung dieser unnotorischen Bundesgenossenschaft rechnen."

Die Londoner "Daily News" weisen noch aus Paris über die Ereignisse vor der Abwendung der Auslieferungsliste nach Berlin, daß im Rat der Botschafter ein zäher Kampf mit Bezug auf die Liste stattgefunden habe, der mit der Niederlage der britischen Vertreter geendet habe. Millerand habe den Rat der Botschafter überzeugt, daß die Liste unverändert nach Berlin gesandt werden müsse. Er sagte, wenn man in dieser Frage nachgäbe, würden die Deutschen verlangen, daß der Vertrag auch in anderen Punkten abgeändert werde. Wenn der britische Standpunkt angenommen werde, bedeute dies, daß keine (Millerands) Erfahrung in der Kammer, daß der Friedensvertrag, wie er unterzeichnet und ratifiziert sei, durchgeführt werden müsse, beschwört würde.

Deutschland.

Ministerpräsident Hirsh über Preußens Lage.

Bei seiner jüngsten Ansprache im Reichstag hatte Ministerpräsident Genosse Hirsh eine Unterredung mit einem Redakteur unseres Kölner Parteiblattes "Rheinische Zeitung". Er äußerte sich zunächst über die speziellen Verhältnisse des Rheinlandes, teilte dann mit, daß die Zustände der preußischen Verfassung und der Verfassung der Gemeinden fast fertig gestellt seien und die Demokratisierung Preußens vollenden würden. Darauf erklärte sich Gen. Hirsh zu den vorausichtlichen im Herbst stattfindenden preußischen Wahlen. Liebermann Ausfall könne er natürlich nichts sagen. „Aber“, so fügt er fort, „das ist mir klar: die Lage wird es erfordern, daß sich die heutigen Mehrheitsparteien auf gewisse pro-

grammatische Grundlinien verständigen und sich nicht gegenseitig aufs heftigste befehdend. Eine Parole wären Kampf gegen die äußerste Rechte, — Kampf gegen die äußerste Linkse. Denn beide bedrohen die Demokratie. Ich bin von der Überzeugung durchdrungen, daß wir noch auf absehbare Zeit eine Koalitionsregierung haben müssen, die den Bestand des Neugewordenen sichern muß.“

Schließlich kam das Gespräch auf den Belagerungszustand. „Das ist unsre bitterste Pille“, meinte Hirsh. „Über was sollen wir tun? Wir haben versucht, ohne ihn auszukommen. Es hat sich aber gezeigt, daß unsere Hoffnungen trügerisch waren. Wie griffen erst zu dem Mittel, als wir uns gegen Gewalt wehren mußten, die unser Werk des mil慈eligen Ausbaues unterwöhlt und ganz Preußen-Deutschland mit dem Zusammenbruch bedrohte. Ich sehne den Tag herbei, an dem wir den Belagerungszustand für immer zum alten Eisen weichen können. Nun kann er aber erst, wenn alle Schichten sich vom Gewaltgedanken abschren und sich zu schöpferischer Mitarbeit bekennen.“

„Ich weiß kein Altheilmittel“, damit schloß Hirsh, „das den Weg zur schnellen Rettung aus Druck und Hunger weist. Alles hängt davon ab, daß unsre Wirtschaft besteht. Wird ihr die systematische, verantwortungsbewußte Arbeit der Millionen Hände entzogen, dann steht das Ende vor der Tür. Doch noch sehe ich nicht Schwarz. Ich kann nicht daran zweifeln, daß der gute Geist der deutschen Arbeiterschaft, ihr wieder erstarckender Sozialismus, ihre Mitarbeit an der von ihr entscheidend beeinflussten neuen sozialen Gemeinschaft uns vor dem Zusammenbruch bewahren werden.“ Dieses Programm in demokratischer Kulturpolitik findet durchaus unsere Zustimmung.

Kommunisten gegen die Auslieferung.

In der Beurteilung der außenpolitischen Dinge haben die Kommunisten häufig mehr Verständnis bewiesen als die Unabhängigen. Das zeigte sich schon beim Friedensschluß im vorigen Jahr, wo den Unabhängigen der Gewaltfriedensvertrag nicht schnell genug unterzeichnet werden konnte, während die Kommunisten auf die Bergewaltigung des deutschen Volkes durch die Sieger ausführten. Auch bei der jetzigen Auslieferungsfrage zeigen sich die Kommunisten als viel verständiger für die Not des deutschen Volkes als die Unabhängigen. Das zeigen die Aussagen der unabhängigen und kommunistischen Presse. So schreibt die unabhängige "Hamburger Volkszeitung":

„Es ist eine Lüge, wenn ein großer Teil der Presse behauptet, daß die Mehrheit des deutschen Volkes von einer Auslieferung der Kriegsverbrecher (die Auslieferungsliste selbst ist überschrieben: „Liste der Schwer- und Schwer-verbrecher“) nichts wissen will. Im Geiste, so mancher unter uns wird auf der Liste in manchen Namen vergeblich suchen und eine Verwirrung darüber bestehen für angebracht halten. Es ist nichts als eine Spionageschichte, sich heute in großen Entrüstungsdemonstrationen zu ergeben. Die Entenmächte sind die Sieger, und unsere Pflicht ist es, unser Volk nicht noch in größeres Unglück hineinzutreiben. Die Art des Komödienspiels ist vorbei. Jetzt heißt es „Handeln!““

Die ebenfalls in Hamburg erscheinende Kommunistische Arbeiter-Zeitung dagegen will nicht das Odium auf sich nehmen, für die Auslieferung einzutreten. Sie tabelliert nur die anstrebliche Obermacht der gegenwärtigen Regierung, besiegt aber v. Berners Tod als „immerhin manhaft zu nennen“ und teilt die Auffassung, daß sich keine Organe bereitfinden würden, die Verhaftung und Auslieferung der Proletarier durchzuführen.

Wir stellen die beiden Stimmen nicht zusammen, um Entrüstung gegen das unabhängige Blatt zu erheben, da wir der Überzeugung sind, daß das überflüssig sein dürfte. Wir möchten nur zeigen, daß die Entente, falls sie darauf spekulieren sollte, daß eine Unterstützung ihrer Scherendienste leisten würde, sie sich darin stark irren könnte. Des weiteren werden auch die Unabhängigen daraus ersehen können, daß links von ihnen man die Frage der Auslieferung unter ganz anderen Gesichtspunkten betrachtet, als sie es tun.

Bereits im Mai schrieb das Organ der russischen Botschaften, die Moskauer "Pravda", die deutschen Unabhängigen sollten nur die mit Arbeitskraft bestellten Stiefel der französischen Generalität ab. Genau wie damals geben die Unabhängigen die Rolle der bedrängungslosen Unterwerfung aus. Diese Zeit des Stiefelredens ist bei den Unabhängigen noch nicht vorbei . . .

Herrn nationaler Block.

Während das Gros der Abgeordneten die hinter der jetzigen Regierung liegenden Parteien mit den müßesten Mitteln einer formellen Erklärung befriedigt, leistet der frühere Führer Staatsminister a. D. Herrn eine andere Taktik ein. Er hat offenbar erkannt, daß auch der starken Wahlbasis den Süddeutschen keine Mehrheit für eine Regierung schaffen wird; auch befürchtet er wohl mit Recht, daß die Deutschenationalen Konservativen, selbst unter Mitwirkung der deut-schen Volkspartei, für eine Regierungsbildung bei den lokalen Verbündeten keine tragfähige Basis bilden würde. Deshalb sucht Herrn sich mit den weiter links stehenden Parteien einzubilden, in erster Linie mit dem Zentrum, um vielleicht auf diese Weise einen größeren Block aufzustande zu bringen, in dem die Rechte zwar nicht alleinherrschend, aber trotzdem ein würdiges Gewicht haben.

In Münster, einer Zentrumsgesetz, hat er jüngst sein Programm erläutert und als dessen Ziel im Gespräch zu dem verdeckten Block der Mitte den "nationalen Block" bezeichnet. Dieser nationale Block soll bei der darüber hinausgehenden Regierungsbildung, aber, wie Herrn behauptet, noch links hin keine Befürchtungen haben. „Wer deutsch fühlt“, laut Herrn, „wer den Gedanken der sozialen Pflicht und der Verantwortung seinem Volke gegenüber ernsthafter ist, der wird diesem Block beitreten. Jeder, der so denkt, wird kann mitkommen sein. Mit diesem Ziel werden wir in den Wahlkampf treten.“

Man sieht, Herr Herrn ist nicht kleinlich. Seine Gedanken schmettern weit über ein Bündnis mit dem Zentrum, das ja schließlich auch andere Deutschnationale propagieren, hinaus. Er sieht scheinbar schon im Kriege die Deutschnationalen, vielleicht sogar auch die Mehrheitssozialdemokratie oder Teile von ihr im Schlepptroupe der Deutschnationalen.

Wir müssen diese schönen Illusionen des Herrn Herrn mit rauer Hand zerstören. Gerebe die jetzt brennende Auslieferungsfrage bei gezeigt, daß die nationale Einheitsfront nicht herstellen ist. Und zwar deswegen, weil national im eisernen Sackenbruch etwas ganz anderes bedeutet, als das gesunde nationale Empfinden, dessen sich auch die

Mehrheitssozialdemokratie führen kann und das durch die internationale Gesinnung nicht etwa ausgeschlossen wird sondern harmonisch mit ihr Hand in Hand geht.

Wenn die Altdenutschen das Wort national gebrauchen, meinen sie den schrankenlosen Chauvinismus, der das eigene Volk trieblos vergöttert, das fremde Volk durch die trübe Brille des Hasses und Neides sieht, der keine Gerechtigkeit kennt, sondern dem alles gut ist, was der Macht und Herrschaftserweiterung des eigenen Landes dient. Wir verstehen unter national die natürliche und angeborene Liebe zum eigenen Volke, die aber nicht blind macht gegen selbst begangene Fehler, die auch die Motive des Gegners zu würdigen und zu schämen weiß und die niemals aus blindem Zorn gegen den eigenen Volkes die Grundsätze der Gerechtigkeit mit führen tritt.

Der nationale Block des Herrn Herrn würde unter dem Einfluß der Deutschnationalen nichts als ein chauvinistisches Gebilde werden, und da macht kein Sozialdemokrat mit. Dieser Block wird uns in schärfster Opposition finden.

Verbot des Schleichhandels mit Edelmetallen.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung über den Handel mit Gold, Silber und Platin. Hierin steht der An- und Verkauf von Reichssilbermünzen in Markwährung für einen ihren Nennwert übersteigenden Preis nur der Reichsbank und den von ihr ermächtigten Stellen zu. Weiterhin ist der Handel im Umherziehen von Haus zu Haus auf öffentlichen Wegen, Plätzen und sonstigen öffentlichen Orten mit Gold, Silber und Platin und allen daraus hergestellten Gegenständen, vor allem jeder Hausrat- und Straßenhandel mit allen Arten von Gold- und Silbermünzen verboten. Auch jegliche Werbung für den An- und Verkauf dieser Gegenstände auf der Straße und allen öffentlichen Orten ist verboten. Anzeigen in periodischen Druckschriften über Gold und Silber ohne nähere Bezeichnung sowie über alle Gold- und Silbermünzen sind untersagt. Zeitungsausgaben über sonstige Gegenstände aus Gold, Silber oder Platin dürfen nicht unter Cifre veröffentlicht werden. Für Zwiderhandlungen sind strenge Gefängnis- und Geldstrafen angebracht.

Die Verordnung kommt reichlich spät. In den letzten Wochen sind soviel Millionen Gold und Silber von den Händlern an die Schleichhändler veräußert worden, daß für den Kauf durch die Reichsbank wohl nicht mehr viel übrig geblieben ist.

Unabhängiger Generalstreik in Plauen.

Plauen (Vogtland), 12. Febr. Die Vorsitzenden der Gewerkschaften und die Vertrauensleute der Betriebe beschlossen einen 24 stündigen Streik als Protest gegen die Unwesenheit der Reichswehrtruppen und das Verbot der unabhängigen "Volkszeitung". Außer den lebenswichtigen Betrieben ruht die Arbeit fast vollständig. Zu Ruhestörungen ist es nicht gekommen.

Der von der Staatsanwaltschaft Plauen seit langem gesuchte Kommunistenführer Eisenbautechniker Mag. Holz, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt worden ist, ist Dienstag von Reichswehrtruppen verhaftet worden. Bei seinem Abtransport versuchten mehrere Männer den Verhafteten zu befreien, was jedoch nicht gelang. Er war in den vergangenen Monaten bereits viermal verhaftet, jedesmal aber durch seine Genossen wieder gewaltsam befreit worden.

Die Wirkung der Erbschaftssteuer.

In Deutschland gibt es massenhaft Leute, die der Meinung sind, daß man mit den Reichen noch viel zu gnädig umspringe. Die Wirklichkeit ist die Steuern schraube in einer Weise angezogen, die höchst spürbar wird, und die Betroffenen stöhnen über Konfiskation ihres Besitzes. Das wird sich erst ganz zeigen, wenn alle Steuern, auch die neue Reichseinkommensteuer, wirksam sein werden. Einzuweisen sind die Anzeigungen, aber auch schon ganz nett spürbar. Folgendes ist der Wirklichkeit entstammende Fall wird der "B. F." mitgeteilt:

In den ersten Tagen dieses Jahres starb ein hervorragender Großindustrieller mit hinterlassung eines Vermögens von 20 Millionen Mark, welches an seine Erben, drei großjährige Kinder, fällt. Da er in den Jahren 1914 bis 1. Juli 1919 davon 5 Millionen erworben hatte, so gingen von der Erbschaft vorweg an Kriegssteuer für 1919 ab: 4 832 000 Mark, so daß nur 15 667 000 Mark verbleiben — eine an und für sich auch noch schöne Summe. Über die Schmelze folgte bald in Gestalt des am 31. Dezember 1919 fällig gewordenen Reichsnatopfers, welches sich nach § 24 des Tarifs auf 11 894 550 Mark beläuft und den Nachschlag fernerhin belastet. Es bleiben demnach noch 3 832 450 Mark als Erbschaft, gemindert zunächst durch die Nachschlagssteuer von 154 622 Mark, so daß der reine auf die drei Erben entfallende Nachschlag 3 677 828 Mark über für jeden der Erben 1 229 276 Mark beträgt. Hierzu gehen für jeden von ihnen die Erbschaftssteuer mit 281 000 Mark ab, und da die Erben auch eigenes Vermögen besitzen, nach § 28 des Erbsch.-St.-G. noch weitere 100 Prozent, gleich 281 000 Mark, so daß sich der Vermögenszurück eines jeden auf 767 156 Mark reduziert. Durch diesen Nachschlags erhöht sich weiterhin schon im ersten Jahrzehnt die Einkommensteuer nach dem bereits zur Beratung stehenden R.-Einf.-Steuergesetz § 20 um ungefähr 50 Prozent der Einkommen hieron, was der Abrundung halber auf ungefähr 17 156 Mark angesetzt werden soll, so daß jedem Erben zunächst etwa 750 000 Mark als Erbebleibende verbleiben werden. Hierzu dient der Deutschnationalen die Reichsvermögenssteuer, ferner entzweide die Sparsteuer (3—10 Prozent) oder die Aufwandsteuer (3—30 Prozent) abfallen, so daß auch dieser Nettobetrag noch eine entsprechende Veränderung erfahren wird.

Man wird danach einigermaßen bearbeitlich finden, wenn die Leute, die es angeht, auf die Revolutionsregierung schwimpfen und sich unverhohlen freuen, wenn auf den Reichsfinanzministers geschlossen wird. Daß sich aber auch noch Sozialdemokraten finden, die der Meinung sind, man schaffe in Deutschland das Kapital, kann doch nur auf ihrer Unwissenheit beruhen.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 37

Freitag, den 13. Februar 1920

11. Jahrgang

Kinogefahren.

Einer unserer hervorragendsten Kunstschauspieler, Peter Behrens, sagt über die Zukunft des Spielfilms: „Er ist die Erhebung des modernen öffentlichen Lebens, die wie keine andere auf die weitesten Kreise wirkt. Darum liegt aber auch gerade in ihm die Macht eines hervorragenden Erziehungsmittels, die beste Möglichkeit für die Kulturspitze. Und da er eine bildliche Sprache spricht, die jeder versteht, so wird er nicht nur gleich saßlich auf jung und alt, auf jeden Stand, sondern auch über das eigene Land hinaus auf andere Nationen. Und da es gar nicht zu vermeiden sein wird, daß deutsche Filme ins Ausland gehen, so müßte uns erst recht daran liegen, durch sie Geschmack und Tüchtigkeit, den Sinn für Qualität und gute Lebensart zu zeigen.“ Von solcher Aussicht sind wir weit entfernt. Im Gegenteil, erst füglich hat einer der Abgeordneten, dem in dem Film-Zensur-Ausschuß der Nationalversammlung Filme vorgeführt worden sind, gefragt, daß es erschreckend sei, welch ungeheuerer Schmuck in einem Bildstreifen zusammengetragen werden kann. Der Gedanke, daß ein Teil dieses elenden Machtwerkes unreisen oder in der Entwicklung begriffenen Menschenkindern vorgeführt werde, lasse einem manchmal vor Scham das Blut zu Kopfe steigen.

Die vom Film ausgehende Volksvergistung und die Verwahrlosung des Volkes, die sich am Massenbesuch des Kinos zeigt, hat Veranlassung gegeben, in die Verfassung der deutschen Republik einen Paragraphen zu bringen, der sagt: „Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmußliteratur, sowie zum Schutz der Jugend bei öffentlichen Schaustellen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig.“ In Verfolg dessen hat die Regierung der Nationalversammlung ein Gesetz über die Filmzensur vorgelegt. Nach diesem Entwurf dürfen die Bildstreifen nur vorgeführt werden, wenn sie zugelassen sind. Die Zulassung wird verfügt, wie es in der Fassung des Ausschusses heißt, wenn die Prüfung ergibt, daß die Vorführung des Bildstreifens geeignet ist, durch Unrechtszu-Straftaten die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden; die Religion oder religiöse Einrichtungen herabzuwürdigen; oder durch Erregung niedriger Triebe vernehrend oder entstötlichend zu wirken, oder das deutsche Unrechten oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden. Die Zulassung darf wegen einer politischen, sozialen, religiösen, ethischen oder Weltanschauungstendenz als solcher nicht verfügt werden. Die Zulassung darf nicht verfügt werden aus Gründen, die außerhalb des Inhalts der Bildstreifen liegen.“ Jugendliche unter einer bestimmten Altersgrenze — im Entwurf sind 17 Jahre festgelegt — sind von der Besichtigung derjenigen Bildstreifen auszuschließen, von denen eine schändliche Einwirkung auf ihre sittliche, geistige oder gesundheitliche Entwicklung oder eine Überreizung ihrer Phantasie zu befürchten ist. Die Zulassung der Bildstreifen, der Titel, der verbindenden Texte und der Namensplakate hat für das ganze Reich Gültigkeit. In besonderen Fällen kann die Ortspolizei mit einem Verbot eingreifen, wenn sie besondere Gefahren für die Vorführung eines Films gerade in ihrer Gemeinde befürchtet.

Die Prüfungsstellen sollen sich aus Beamten und aus Sachverständigen, die ihrerseits aus den Kreisen des Lichtspielgewerbes, den Kunstsachverständigen und den Vertretern von Bildbildung und Jugendpflege entnommen sind, zusammensehen. Jede Prüfungsstelle soll aus drei Mitgliedern bestehen. Gegen das Verbot eines Bildstreifens können die Filmintressenten innerhalb zwei Wochen Beschwerde bei der Überprüfungsstelle, die aus fünf Mitgliedern, darunter vier Sachverständigen, besteht, einlegen. Die Entscheidung der Überprüfungsstelle soll endgültig sein. Für Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Gesetzes sind Gefängnisstrafen bis zu 2 Jahren und Geldstrafen bis zu 10 000 Mk. im Falle der Fahrlässigkeit Geldstrafen bis

zu 3000 Mk. vorgesehen, die von der Nationalversammlung wahrscheinlich noch erhöht werden.

Der Entrüstungsburm der Filmindustrie gegen den Gesetzentwurf ist ganz unangebracht. Ein sozialer Staat hat die Pflicht, besonders die Jugend vor moralischen Erhöhlungen gegen das schrankenlose Gewährenlassen kapitalistischer Interessen zu schützen.

Da der Film nun einmal Eingang gefunden hat, ist es notwendig, an Stelle der Schundfilme etwas Gutes zu bieten und das um so mehr, als der Film eine Reihe wichtiger Aufgaben erfüllen kann. Der gute Film, ein dramatisches Gespilde, das auf das ausgesprochene Wort verzichtet und nur mit Situationen, mit Bewegung, mit Mimik arbeitet, muß aus dem photographischen Zilde entstehen, muß sich aus eigenen ästhetischen und technischen Gesetzen entwickeln und darf nicht länger in völliger geistiger Abhängigkeit sich auf die Auswertung von Romanen, Tragödien, Lustspielen beziehen. Er kann dem Städter das Meer und die Berge zeigen, kann ihm die Reize der deutschen Städtekultur und die Anmut und die Herbstheit eines deutschen Landschaftsbildes weisen oder kann umgekehrt die Landbevölkerung mit unserer Industrie, mit der Farbigkeit und Bewegtheit der Großstadt bekanntmachen und so den Horizont jedes Einzelnen erweitern. Das Kino kann uns in einlegene Kulturerochen einführen, kann fremde Länder und Völker, große historische Geschehnisse unmittelbar plastisch vor Augen stellen, mittelalterliche Ritterturniere so gut wie indische Fürstenpracht, die russische Volkskultur so gut wie das Leben am Bosporus. So kann der Film dazu dienen, die Einschränkung von Zeit und Raum zu überwinden und ganze Völker an dem Kulturreben anderer Nationen teilnehmen zu lassen. Naturwissenschaftliche Experimente können vorgenommen werden. Die Aufklärungsfilme, die heute durch ihren Missbrauch einen schlimmen Ruf bekommen haben, können von großer Bedeutung für die sozial-hygienische Propaganda sein, es sei da z. B. nur an die Filme erinnert, die die Folgen einer guten Säuglingspflege falschen Maßnahmen gegenüberstellen.

Alle, die den Genesungsprozeß unseres Volkes beschleunigen wollen, finden eine wichtige Aufgabe in der Abwehr des Schundfilms, der Tröterung der prinzipiellen Möglichkeiten des Films und in der Forderung des guten Films.

Gewerkschaftliches.

Ein Deutscher Baugewerksbund.

Mit Rücksicht auf die gewaltigen Aufgaben, die die Gewerkschaften in der kommenden Zeit zu erfüllen haben, plant der Bauarbeiterverband die Schaffung einer Einheitsorganisation für das gesamte Baugewerbe.

Er schlägt unter Wahrung der Eigenart der vorhandenen Berufe folgende Richtlinien vor:

In der Erkenntnis, daß der Arbeiterschaft aus dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbau des Deutschen Reiches gewaltige Aufgaben erwachsen, die die einzelnen Fachverbände nicht erfüllen können, schließen sich die Zentralverbände der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter zusammen zu einem Deutschen Baugewerksbund.

Der Baugewerksbund gliedert sich drücklich über das ganze Reich in Fachabteilungen (Sektionen). Vermischte Berufe bilden gemeinsam eine Sektion. Alle in einem Orie oder einem abgegrenzten Bezirk vorhandenen Sektionen bilden zusammen einen Verein: die Baugewerkschaft. Die Obmänner der Sektionen bilden den Vorstand der Baugewerkschaft. Alle Sektionen des gleichen Faches bilden je eine Reichssektion und deren Führer zusammen den Bundesvorstand.

Jede Baugewerkschaft hat einen Vereinsausschuß zur Beratung des Vereinsvorstandes und zur Überwachung der

Geschäftsleitung. Dem Bundesvorstand ist ein Aufsichtsrat übergeordnet, der aus Mitgliedern aller Sektionen und möglichst allen Betriebestellen besteht.

Jede Reichssektion hält alle Jahre eine Vertreterversammlung, der Bund alle drei Jahre einen Bundestag ab. Die Abgeordneten zum Bundesrat werden von den Vertreterversammlungen der Reichssektionen gewählt.

Der Baugewerksbund soll die beruflich-wirtschaftliche Vertretung aller baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter sein. Er hat alle bisherigen und noch notwendig werdenden Kampfmahnahmen und Unterstützungsseinrichtungen zusammenzufassen und zu vervollständigen.

Als wichtigste neue Aufgabe wird ihm zugewiesen die Forderung der Sozialisierung der Baubetriebe und des gesamten Bau- und Wohnungswesens. Die Baugewerkschaften sollen Bisanstalten der Sozialisierung sein und sozialisierte Betriebe mit Rat und Tat unterstützen. Der Bundesvorstand soll zu diesem Zweck Forschungs- und Lehrämter einrichten sowie alle Aufgaben erfüllen, die über die einzelne Baugewerkschaft hinausgehen, auch Kapitalien anammeln, um sozialisierte Betriebe in Gang zu leiten, wo die Hilfe der Gemeinden verweigert wird und wo die Unterstützung einzelner Baugewerkschaften nicht ausreicht.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben reichen die Beiträge, die jetzt von den meisten baugewerblichen Verbänden erhoben werden, nicht aus. Auch da nicht, wo neben den eigentlichen Verbandsbeiträgen besondere Beiträge für die Verwaltung der Vereine erhoben werden. Das letztere wird auch fernstehn zweckmäßig sein schon aus dem Grunde, um den Baugewerkschaften die größtmögliche Selbstständigkeit zu geben. Auch wird es richtig sein, daß die Baugewerkschaften einen im Verhältnis zum Bundesbeitrag höheren Beitrag erheben als jetzt die Vereine (Zahlstellen) im Verhältnis zu den Verbandsbeiträgen. Schließlich ist in Rechnung zu stellen, daß bei der jetzigen Geldentwertung und des kaum zu erhoffenden Rücklaufs auf den alten Stand die Füße der Streit- und Ermerbschaftsunterstützung wohl verdoppelt werden müssen. Im übrigen wird die Beitragsgestaltung ja davon abhängen, ob und wieviel Staffelbeiträge man festlegen will.

Als Reichssektionen dürfen zunächst ins Auge zu fassen sein:

1. Bauführer: Architekten, Ingenieure, Techniker, Pothole, Schachttüftler, Wertmeister.

2. Erdarbeiter: Schadfarbeiter in Hoch- und Tiefbau (Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Tunnels, Schächte usw.).

3. Dachdeckerzeuger: Arbeiter in Kalkbrennereien, Zementwerken, Ton- und Ziegelerwerken, Kiesgruben und Steinbrüchen.

4. Steinhauer, Steinseher (Pflasterer und Hammer) und Asphaltierer.

5. Maurer: a) Ziegel-, Stein- und Betonmaurer (auch Pflaster und Flieger) im Hoch- und Tiefbau; b) Dachdecker aller Art (Stukkateure, Gipser, Weißbinder, Roboter usw.); Ofenleger, Fliesenleger, Stahlholz- und Ziegelpflasterer, Ziegler; c) Hafarbeiter zur Zubereitung und Heranbringung der Baustoffe.

6. Installatoren für Heizung, Licht und Wasser.

7. Zimmerer, Gerüstbauer, Einhänger und sonstige Holzarbeiter.

8. Dachdecker und Schornsteinfeger.

9. Maler und Anstreicher.

Der Zentralverband der Dachdecker, der sich bei der auf seinem Bundesstag im vorigen Jahre in Bremen a. W. im Prinzip für die Schaffung eines großen, sämtliche Bauarbeiter umfassenden Verbandes ausgesprochen hatte, begrüßt in der „Dachdeckerzeitung“ diese Richtlinien und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Vorarbeiten des geplanten Verbandes recht bald zu einem günstigen Abschluß gebracht werden mögen.

„Du dem Reinborster seine Jungfräulein einzige, die er noch nie gesehen hat und deine Leute, die schon so alt sind und ihre Pflege brauchen, die lassen dich gehn?“

„Das steht ja. Das dich jetzt nicht weiter entgehen, Franzi! Du willst tanzen und ich muß gehen, wie dürfen allzoo lange schauen, sonst kommt du zu kurz und ich zu spät.“

„Ah, das dachte eigentlich hat Zeit, und wenn du es auch nicht verdient hast mich mich, so gelebt ich dich doch ein Stück Weges.“

„So kommt.“

Die beiden Mädchen hielten Schritte und gingen ziemlich rasch einher.

„Na, Lent!“ begann Franzi. „numm es nicht ihr ebel auf, aber sag, gell ja, du gehst wegen dem Müller Florian?“

„Klar schon.“

„Will dich denn weiter ihm nicht geben?“

„Nee.“

„Es gewöh' auch deine Mutter darüber.“

„Keck!“

„Das ist recht grauslich von deinen Eltern. Schau, wie Leute sind! Weil sie keinen Gefallen mehr oneinander finden und sich leicht entbehren mögen, denken sie gar nicht, was wohl ansonsten eins für ein Verlangen haben könnte und doch sie selber einmal anders waren, sonst lieben wir nicht bei auf sich selbst herum. Ich denk. Sie sollten sich doch immer erst beschönigen, ehe sie uns Jungen mein sagen. Und gar bei euch zweien! Das ist denn auf dem Müller Florian auszugehen?“

„Herr! Weil sie keinen Gefallen mehr oneinander finden und sind vollaut entbehren kann?“

„Geh, ich mag nicht darüber reden, sonst kommt mir der Berger!“

„Wir sind nicht ungebührlich reden von dem alten Mann, wo die doch nicht weiß, was eigentlich an der Sache ist; er hat nicht anders können.“

„Fortsetzung folgt.“

Der Schandfleck.

„Eine Vorlesung von Ludwig Lüngau zu der.“

(Fortsetzung.)

„Ich merk, du willst die Lent abpassen; was hast du auch davon? Komm doch lieber gleich mit!“

Der junge Müller aber schritt nur rascher den eingeschlagenen Weg dahin.

Magdalena war gerade bis zu dem Busche gelangt, der ihr jetzt den Rückblick des Reinborsterhofes entzog, wie er sie einst vor Nicken von dort aus gespuckt hatte.

Sie und ihren Brüder.

Sie brach einen Zweig und trug ihn spielernd in der Hand.

Hatte sie nicht einfach gehört — von wem, das wußte sie sich wohl nicht mehr zu erinnern — daß unter den heidnischen Deutzen Geschwister zusammen geheiratet hätten, ja selbst Vater und Tochter, Mutter und Sohn? Und wenn es auch Brauch im Vande war, was mussten das für gottheillose Leute sein! Vergißt als die Tiere, die haben doch kein Gesinnen, woher sie standen und brauchten sich nicht darüber hinwegzusehen, unter Menschen? — Sagte gleiches Lent jede Vertrautheit aus. Wie has mir sonst möglich war? Und wäre es noch jetzt vor Gott und der Welt gestattet, wer verächtigte es, dazu sich zu verstehen?

Gewiß, der Vater gäbe mir recht und könnte es nicht anders sagen.“

Dieser hatte sie keine lebende Seele auf ihrem Wege angetroffen und noch lag derselbe, so weit sie bliden konnte, menschenlos vor ihr, aber jetzt wurde es, ihr im Rücken, auf der Straße lebendig.

Sie horchte auf, noch ziemlich ferne fuhr ein Wagen, die daraufstehenden sangen und die Lust wehte vor ihnen her und trug sie die Edne zu und ließ sie die Worte erstaten.

Ein Bursche sang:

„Der West, der wirkt heut aus lein'm Haue,
Gleich tegendeweis die Bub'n hinaus.
Dirndl, willst ein'n hab'n, so lauf,
Deng die Schinderei ein's end.“

Lokales.

Die Lage auf der Danziger Werft.

Von einem Werftarbeiter wird uns geschrieben: Das gestern von der „Volksstimme“ mitgeteilte Ergebnis der Abstimmung in der Betriebsversammlung von Mittwoch zeigte, wie sehr es sich rückte, daß die Arbeiterschaft der Werft nicht vor der Schließung ihr Urteil durch eine Urabstimmung einwandfrei aussprechen konnte. Die große Mehrheit der über 4000 Mann starken Arbeiterschaft verurteilte durchaus die durch die terroristischen Treibereien der Unabhängigen und ihres kommunistischen Anhängers auf der Werft eingerissenen Zustände. Die Arbeiterschaft will selbst ehrenhaft und anständig behandelt werden und verurteilt deshalb entschieden die Brutalisierung des auch von ihr geachteten Betriebsleiters, Professor Noë. Sie war auch nur das Werk einer im Banne der Unabhängigen und Kommunisten handelnden Minderheit, die sich keineswegs auf die Mehrheit der Arbeiterschaft berufen kann. Diese war deshalb auch durchaus bereit, den Direktor die auch vom Betriebsarbeiterrat empfohlene Genugtuung zu geben. Leider unterließ dieser die Veranstellung einer Urabstimmung, die ihm und dem Beleidigten ein glänzendes Vertrauensvotum gebracht hätte. Es kam zu der Betriebsversammlung, in der die unabhängigen-kommunistischen Quertreiberei ihr gewissenloses Spiel mit dem Schicksal der Arbeiterschaft unbedeutlich fortsetzen. Ein Teilnehmer jener Versammlung hat der „Volksstimme“ sehr richtig geschildert, wie standlos die revolutionären Drahtzieher sich dort benommen haben. Bei dem dort erzielten Abstimmungsergebnis trat ein, was nach der früheren Erklärung des Magistrats kommen mußte, er schloß die Werft. Nun beschäftigte sich die am Mittwoch abgehaltene Belegschaftsversammlung mit den vom Magistrat veröffentlichten Bedingungen für die Wiederaufnahme des Betriebes. Eben hatte noch ein Aufruf der Unabhängigen aus Anlaß der Werftvorgänge sich für die Gewerkschaften eingesetzt. In der Versammlung zeigte sich wieder das bekannte Gegenspiel. Der Resolution der vereinigten Gewerkschaftsvorstände wurde eine unabhängige Resolution entgegengestellt, die sich gegen die schriftliche Meldung erhob. Anschließend erhält diese auch mit 780 gegen 660 Stimmen eine geringe Mehrheit. Bei dem wieder recht eigenartigen Verlauf der Versammlung ist es mindestens sehr zweifelhaft, ob sich die Mehrheit der Versammelten auch tatsächlich für die unabhängige Erklärung entschieden hat. Ein nicht geringer Teil der Versammelten stimmte bedauerlicherweise garnicht ab. Aber nach gewerkschaftlichen Grundsätzen konnte die geringe Mehrheit von 100 Stimmen bei 1440 Abstimmenden in einer so wichtigen Frage doch überhaupt nicht eine Belegzahl von 4500 Mann verpflichten. Außerdem doch die statutarischen Bestimmungen aller Gewerkschaften, auch mit gutem Vorbedacht, daß nur eine mindestens Dreiviertel-Mehrheit die Fortsetzung eines Streites usw. beschließen. Dennoch muß auch hier gehandelt werden und dann hat selbst diese Versammlung nicht die Aufnahme der Arbeit abgelehnt, sondern sie beschlossen! Folgt man dieser Weisheit nicht, so muß leider befürchtet werden, daß die Arbeiter sich überhaupt nicht mehr nach den Bedürfnissen solcher Versammlungen richten, sondern tun, was sie selber für richtig halten. Das ist die erbste Gefahr, die den Gewerkschaften infolge des undemokratischen Treibens der nur auf ihre Sonderabsichten bedachten „Unterhüten“ droht.

Diese ersten Befürchtungen des parteiendienstlichen Gewerkschaftlers scheinen sich auf der Werft leider schon erfüllt zu haben. Nach der „D. 3.“ haben sich gestern nachmittag 2 Uhr, ohne Rücksicht auf den Versammlungsbeschluß, 1800 Arbeiter zur Arbeit gemeldet. Bis heute mittag wird erwartet, daß sich ameri Drittel bis drei Viertel der Arbeiterschaft zur Verfügung stellt. Damit hat die unabhängige geschobene Taktik glatt Schiffbruch erlebt. Die „D. 3. M.“ wissen aber bereits mitzuteilen, daß die nicht zu den freigewerkschaftlichen Verbänden gehörenden Gewerkschaften den Versammlungsbeschluß wegen der fehlenden Dreiviertel-Mehrheit als Aufnahme der Arbeit aufzufassen. Damit ist auch das gemeinsame Vorgehen aller Gewerkschaften in die Brüche gegangen.

Hielten wir nicht auch in dieser Situation im Interesse der Arbeiterschaft jede Zurückhaltung für geboten, so müßten wir uns gegen die linksradikalen Quertreiberei noch viel deutlicher erklären. Von den Arbeitern, die auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie stehen, erwarten wir endlich das Rücksatz, daß sie sich nicht länger aus falsch verstandenen Solidaritätsgefühl von den unabhängigen Phrasenuren missbrauchen lassen. Nur so kann das Vertrauen der Arbeiter in ihre Kraft und ihre Organisation wiederhergestellt werden. Die Werftleitung wird, das müssen wir von ihr fordern, bei der Annahme zur Arbeit jede Maßnahme verhindern und nach den Richtlinien verfahren, die die Resolution der Gewerkschaftsvorstände empfohlen hat.

Eine Versammlung der Unabhängigen, die sich am Mittwoch bei Derra mit der Werftangelegenheit in der üblichen Art beschäftigen sollte, artete zu einem wilden Rabau zwischen den „revolutionären“ Brüderhaften der Unabhängigen und Spartakus aus.

Erleichterter Eisenbahnverkehr zur Messe.

Die Eisenbahnbetriebsleitung Danzig teilt uns heute mit: Befreiter der polnischen Eisenbahn, Zoll- und Militärmarschallung haben gestern erklärt, den Verkehr auf der Straße Szczecin-Danzig nicht zu sperren. Sie sind seither bereit, falls die zu erwartende Zustimmung von Warschau eintrete, vom 16. d. März ab bis zur Beendigung der Danziger Messe offiziell einen Transport von Berlin über Königsberg-Dirschau nach Danzig und zurück durchzulassen. Als Ausweis für Reisende sollen behördliche Bescheinigungen mit dem Busch „Zur Messe Danzig“ genügen. Sie werden an der Grenze und zur Rückfahrt in Danzig von polnischen Beamten mit Gültigkeitsvermerk versehen. Die Ausgabe von diversen Fahrkarten Berlin-Danzig und direkt: Gepäckfertigung wurde angestanden. Zollabfertigung für Güter und Wagen kann nach Anlegung polnischer Zollplombe weiterbleiben, wenn die Zölle auf der Straße Königsberg-Dirschau beginnend Szczecin-Danzig nicht halten.

Politische Vertreter werden zu vorliegenden in Aussicht gestellten Maßnahmen die Zustimmung der Warschauer Ministerien durch Konsens einholen und bis morgen — Sonnabend — mittags erledigt sein.

Unsere Zeile werden berichten, daß es sich bei diesen recht erfreulichen Mitteilungen leider noch nicht um Zusagen handelt, die am Erwartungen handelt, die von Warschau durchaus nicht bestätigt werden müssten.

Die Breitlingsversorgung Danzigs.

Für die Breitlinge im Freistaatgebiet ist den Fischern ein Erzeugerhöhprix von 1 Mark für das Pfund vorgeschrieben. Die Fischer sind mit dieser Regelung jedoch nicht zufrieden. Sie haben einstweilen das Fischen eingestellt, da der Fang ungünstig sei, und sie verhandeln mit dem Magistrat. Die Fischer geben an, im Freistaat würden Breitlinge aus Schleswig gefangen eingeschafft, die hier mit 2,85 Mark das Pfund verkauft werden. Wenn diese Auslandsfische so teuer sind, dann wollen die hiesigen Fischer auch einen höheren Preis haben, besonders da die hiesigen Breitlinge fischer und deßhalb besser sind. Weiter wollen sie den Verdienst der Händler möglichst für sich haben oder doch unmittelbar an den Magistrat oder die Verbraucher liefern. Die Zahl der Fischhändler vergrößerte sich mehr und mehr. Ferner will man das Räucherhuhn selber beorgen. Den Fischern ist nun gestattet, für die Fische, die sie aus dem Freistaat ausführen dürfen, einen höheren Preis zu nehmen. Jetzt kaufen sie, daß ihnen gestattet wird, 35 Prozent ihres Fanges aus dem Freistaat auszuführen. Sie weisen darauf hin, daß für die Reise und das Öl für die Motorboote ungewöhnliche Fischpreise genommen werden, wogegen nicht eingeschränkt werde. Ferner verlangen die Verkäufer dieser Waren Gold und Silber, statt Papiergeld, was eine Verbesserung des Fischpreises bedeutet, da Gold und Silber jetzt zu einem höheren Preis von der Reichsbank aufgekauft werden. Bei einer Besprechung mit einem Magistratsvertreter wies dieser darauf hin, daß 25 Prozent des Fischfangs zu dem Preise von 1 Mark an die Händlerorganisation geliefert werden müsse. Für weitere 25 Prozent würden als Prämie 1,50 Mark für das Pfund bezahlt, und diese Breitlinge würden dann verkauft. Der Rest von 50 Prozent kommt zu einem etwas höheren Preis ausgeführt werden. Der Kleinverkaufspreis sei für frische Breitlinge 1,25 Mark und für geräucherte Breitlinge 4,50 Mark. Von Verbraucherveite wünschte man den ganzen Breitlingsfang im Freistaat zu erhalten, da hier die Fische sehr knapp sind.

Die Verhandlungen wurden am nächsten Tage fortgeführt. Der Vertreter des Magistrats erklärte, daß er sich mit der Frage der Beschaffung von Fischereigütern beschäftigen wolle. Die Fischer wiederholten ihre Wünsche. Der Verbrauchervertreter wünschte die Fischerei im Freistaatgebiet so ertragbar wie möglich zu machen, da das Erntefeld unentbehrlich zur Verfügung steht. Der Vertreter des Magistrats erklärte zum Schluss, daß er eine größere Menge als 50 Prozent der Breitlinge zur Ausführung nicht freigeben könne.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen, die vor dem Fischerausschuß stattfanden, wurde über die hohen Salzpreise gestagt. Die Höchstpreise für Salz sind vor einiger Zeit versuchsweise angehoben worden. Die von den Vertretern der Händler vertretene Ansicht, daß eine wesentliche Erhöhung des Preises nicht eintreten werde, hat sich nicht erfüllt, vielmehr werden statt 20 Pf. schon 30 und 36 Pf. für das Pfund Speiseflasche gefordert. Es wurde geltend gemacht, daß eine Erhöhung der Salzpreise durch die Salinen seit Aushebung des Höchstpreises in Danzig nicht bekannt geworden sei, also offenbar ungewöhnliche Preissteigerung vorliege. Tatsächlich sind aber Preissteigerungen beim Kauf von Salz eingetreten, wenn sie auch einen Preis von 25 Pf. nicht rechtfertigen. Die Verbraucher sollten mit einzelnen Fällen der Preisprüfungstelle melden, damit die Preise nachgeprüft werden können. Die Preisprüfungstelle wurde aufgefordert, nachzufragen, ob der Großhandel oder Kleinhandel sich des Preiswuchers schuldig mache und Bestrafungen den Schuldigen heraufzuführen. — Einzelne Fälle auffälliger Preissteigerung für Gemüse und Kohlen wurden vorgebracht und Missstände bei der Fleischverteilung besprochen. — In längerer Aussprache wurde die wachsende Teuerung der Kleiderstoffe erörtert. Die Preisprüfungstelle hat beiderlei bereits ihre Aufmerksamkeit gewandt und wird alle gesetzlichen Mittel anwenden, um einer etwaigen wucherlichen Ausbeutung der Verbraucher entgegenzuwirken. — Schließlich wurde darüber Bescheid gegeben, daß die Vorschriften, die zur Einschränkung des Fischvertriebs erlassen sind, von Gewerkschaften und Kongressparteien vielleicht nicht eingehalten würden.

Danzig in Ausland. Von amtlicher Stelle wurde mitgeteilt: Außerdem durch den in Kraft getretenen Friedensvertrag der Freistaat Danzig vom Deutschen Reich abgetrennt ist, haben für den Verkehr von und nach Deutschland alle jene Bestimmungen Geltung, die für den Verkehr mit dem Auslande getroffen sind. Innerhalb des Kreistages haben bis auf weiteres alle bisherigen Gesetze und Bestimmungen weiter Gültigkeit, insbesondere ist auch voreilig der deutsche Zolltarif maßgebend.

Die Niederschläge. Großer Andrang herrschte gestern bei der Getreideabnahmestelle in Langfuhr. Die Bauern aus dem Abtretungsgebiet wollten ihren Hafer noch in letzter Stunde abliefern. Nicht aus reinem Patriotismus, sondern weil die Polen mit Belohnung zum Preise von 20 Mark drohen und solche Beschlagnahmen auch schon anstrengt haben. Und die deutsche Regierung zahlt ganz erheblich höhere Preise.

Das unbewegte Wuchergericht. Das Wuchergericht des Landgerichts II besetzte sich ißtost bei seiner ersten Sitzung auf Antrag des Verteidigers eines Angeklagten mit der Frage der Gültigkeit der Wucherordnung. Auf die Ausführungen des Reichsamtels Justizrats Dr. Dardtjohann entschloß das Gericht, sich zu vertagen und seine Entscheidung in acht Wochen zu vertheilen. Das Wuchergericht hat sich heute dahin entschieden, daß der Artikel 1 der Wucherordnung, der sich mit der drohenden Regelung des Wucherverfahrens befäßt, rechtsgültig ist. Die Begründung des Beschlusses werden wir demnächst veröffentlichen.

Rippeleier. Zu einem Autogenial kam es nach einer Meldung der „D. 3.“ im hiesigen Marktamt. Als französische Offiziere in den Marktamt eindrangen, wurden sie von jungen Bürgern in polnischer Sprache bestimmt. Diese pfiffen und bestreuten sie anschließend. Der von den Offizieren herbeigewesene Schubherr, gelang es nicht, die Räumen festzustellen.

Ein gesetzlicher Held. Der Maschinenflosser Robert S. in Danzig, Seetgasse, hatte sich mehrere Auszeichnungen wegen vor der Strafstrafe zu verantworten. Er war auf der Straße und fühlte hier mit einem offenen Dolchmesser umher. Dabei bewältigte er Soldaten und bestimmt sie als Soldaten. Ein Unterwachtmäister der Sicherheitspolizei bewies ihm zur Stelle und forderte ihn auf, in seine Wohnung zu gehen. Der Angeklagte hielt dies förmlich auch, ging aber bald wieder heraus, um sein Gloriadase fortzufegen. Als die Sicherheitspolizei ihn verhaftet wollte, ging der Angeklagte mit seinem Messer auf den Unterwachtmäister los und verhinderte diesen so schwer, daß er an dem Gerichtstermin auch nicht erscheinen konnte. Der Angeklagte ist bischlich verurteilt, darunter mit 5 Jahren Zuchthaus für eine Körperverletzung mit Todesfolge. Das Gericht verurteilte ihn zu vier Jahren Gefängnis.

Übergabe von Lebensmitteln. In der heutigen Nummer unserer Zeitung werden wiederum die Lebensmittel beladen gemacht, die am Sonnabend und im Laufe der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen.

Der deutsche Metallarbeiterverband erläßt in dem Anzeigenblatt unserer heutigen Zeitung mehrere Bekanntmachungen. Wir verweisen unsere Leser darauf.

Polizeibericht vom 13. Februar 1920. Verhaftet: 25 Personen, darunter 6 wegen Diebstahl, 6 wegen Schlägerei, 1 wegen Geprägung und 1 in Polizeihalt. Gefunden: 1 Lammhautstück, enthaltend Vorlebensmittel mit Geld und Postenlieferungsschein, abzuholen aus dem Amtsbureau des Polizeipräsidiums innerhalb eines Jahres in der Zeit vor 9-1 Uhr vormittags.

Standesamt.

Todesfälle: Schlosser, Schütze im Inf.-Regt. 238, Bruno Albert Rosemann, 20 J. 2 M. — Sohn des Bäckermeisters Johannes Birt, 14 J. 6 M. — Frau Auguste Hipp geb. Marzen, 77 J. 6 M. — Schiffbauingenieur Anton Schwenkler, 66 J. 1 M. — Lehrer Bruno Moelle, 88 J. 4 M. — Schuhmachermeister Johann Eggert, 66 J. 7 M. — Unternehmer Walter Rehder, 18 J. 9 M. — Sohn des Kaufmanns Oskar Peters, 4 M. — Rentenempfänger Hermann Paulowitz, 76 J. 4 M. — Seemann Hermann Beckmann, 22 J. 1 M. — Schmid Emil Grütt, 24 J. — Invaliden Valentin Miltved, fast 76 J. — Frau Therese Uhrheimer geb. Solerová, 41 J. — Frau Margaretha Braun geb. Drozdalski, 47 J. 6 M.

Wasserstandsnachrichten am 13. Februar 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Thorn	+ 2,68	+ 2,74	Dickel	+ 2,91 + 3,06
Gordon	+ 2,49	+ 2,58	Dirichau	+ 3,28 + 3,42
Culm	+ 2,45	+ 2,58	Einlage	+ 2,74 + 2,82
Braudenz	+ 2,65	+ 2,76	Schiewenhorst	+ 2,70 + 2,82
Kurzembrack	+ 2,01	+ 3,10	Wolfsdorf	+ 0,06
Montauersuite	+ 2,77	+ 2,91	Wittstock	+ 1,11 + 1,11

Aus dem Freistadtbezirk.

Tiegenhof. Auf einen Dringlichkeitsantrag des Magistrats hin, beschloß die hiesige Stadtverordnetenversammlung die Erwerbsförderungsunterstützung in dem bisherigen Umfang nur noch bis zum 14. Februar 1920 zu zahlen, da der Staat dem Freistaat Erwerbsförderungsunterstützung nicht mehr zahlt. Vom 16. Februar ab bis einschließlich 28. Februar wird Erwerbsförderungsunterstützung nach den bisherigen Sätzen nur noch an verheiratete Erwerbstöfe, die in Tiegenhof einen eigenen Haushalt haben, gezahlt. Nach dem 28. Februar 1920 kommt jede Zahlung von Unterstützungen an Erwerbstöfe in Fortfall. — Dem widerrechtlichen Vorgehen des Magistrats und der Stadtverordneten von Tiegenhof, die zu einer „Regelung“ der Erwerbsförderungsunterstützung, wie sie hier geschiehen ist, keinen Einmischer haben Berechtigung haben, werden die Regierungskräfte des Kreisstaates hoffentlich recht nachdrücklich entgegenstehen. Nach dem Ausdruck des Danziger Oberbürgermeisters tritt die Kreisstadtregierung die zehn Mittel der Erwerbsförderungsunterstützung, die bisher das Reich zahlte. Zu dem Tiegenhofer Vorgehen hat es auch rechtlich kein Grund vor. Die Niederschlagung der Erwerbsförderungsunterstützung wird nur als eine Proklamation gegen die Arbeiterschaft, der man die Errungenheiten des 9. November 1918 langsam wieder entreißen will.

Aus dem deutschen Osten.

Insterburg. Am 17. Februar beginnt in Insterburg der 29. ostpreußische Sitztag. Auf der Tagessitzung der Städte über zwei Tage erreichenden Tagung stehen u. a. folgende Punkte: Die Kohlenversorgung Ostpreußens, die Teilnahme der Kreisangehörigen Städte an den Überhöhungsziffern der Kreis kommunalverbände, die Neuordnung der Gemeindefinanzen u. a.

Zittau. Die Gesetz eines Metallarbeiterkreises in Zittau ist infolge behoben, als sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf die Königberger Sätze geeinigt haben.

Verantwortlich für den politischen Teil Ernst Goebel, für den unpolitischen Tagestext und die Unterhaltungsbeitäge Kurt Behmann, für die Insterburg Bruno Grotz, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehr & Co. Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oliva.

Geflüschverkauf.

Der Fleischverkauf für die Woche vom 9. bis 15. Februar 1920 findet von Freitag, den 15. d. Mts., in den bekannten Fleischereien statt. Das Einheitsgewicht wird noch durch Aushang in den einzelnen Fleischereien bekannt gegeben. Kinder unter 6 Jahren erhalten die Hälfte. Gültig sind die 10 Zentner-Sarkanteil vom 9. bis 15. Februar 1920. Wer das ihm zugehörige Fleisch bis Sonnabend, den 16. d. Mts., abends 7 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Recht darauf.

Es kommt wieder etwas Schweinefleisch mit zur Verteilung und zwar erhalten die Inhaber der blauen Ausweiskarten Nr. 415—625 für sich und ihre Haushaltungsangehörigen unter Abrechnung auf die ihnen zufallende Fleischration Schweinefleisch. Die Inhaber der Ausweiskarten Nummer 415—455 erhalten das Schweinefleisch bei Fleischermeister Heinrich Frommann,

456—507 bei Fleischermeister Walter Frommann,
508—547 " " Kohn,
548—570 " " Rud. Haber,
571—595 " " Doers,
596—614 " " Gescke,
615—625 " " Felix Haber.

Die Verabfolgung des „Schweinefleisches“ ist von jedem Fleischer durch Ansetzen auf der Rückseite der Ausweiskarte zu kennzeichnen.

Die Inhaber der Fleischereien werden angewiesen, die in Empfang genommenen Fleischmärchen am Montag, den 16. d. Mts., genau gezählt und zu verdort gebracht, auf dem hiesigen Lebensmittelmarkt einzureichen.

Oliva, den 12. Februar 1920.

Der Gemeindesachverständige.

J. K. Schepers.

Günstige Bekanntmachungen.

Abgabe von Lebensmitteln.

am Sonnabend, den 14. Februar, und im Laufe der nächsten zwei, kommt eine Lebensmittel zur Ausgabe:
1. Am Sonnabend, den 14. Februar: Auf Reichstagskarte Ab-
schiff 1) 100 Gramm frisches Fleisch und Wurst (Kinder-
fleisch die Hälften).

Die Fleischer der unteren Stadt mit dem Buchstaben F (aus-
schließlich Marktballen) erhalten auf den Abschiff P für die bei
ihnen angemeldeten Kunden

100 Gramm frisches Schweinesleisch (Kinderfleisch die Hälften).
2. Von Montag, den 16. Februar: Auf die Kortosellarte:

Markt 3 — 3 Pfund Kartoffeln.

Auf die nichtbelieferten Kartoffelmarken der laufenden Woche
werden 250 Gramm gebackene amerikanische Erbsen zum Preise von
2,40 M. für das Pfund ab 250 Gramm Speiseflocken zum
Preise von 2,20 M. für das Pfund, je nach Vorrat, in den Kol-
onialwarenhändlern, bei denen die Kundenanmeldung erfolgt ist,
ausgegeben.

3. Von Dienstag, den 17. Februar: Auf die Lebensmittellarte:

a) 250 Gramm Reis zum Preise von 2,40 M. für das Pfund;
Markt 29 der Lebensmittellarte für Erwachsene in Danzig und
Markt 11 der Lebensmittellarte für Erwachsene in den Nachbar-
gemeinden.

b) 250 Gramm Getreidesoden zum Preise von 0,75 M. für das
Pfund oder Kindergerstenmehl, je nach Vorrat; Kinderfleisch Markt
18 A in Danzig und Markt 28 A in den Nachbargemeinden.

4. Von Mittwoch, den 18. Februar:
a) auf die Lebensmittellarte: 250 Gramm Sirup zum Preise

von 1,80 M. für das Pfund; Markt 30 der Lebensmittellarte für
Erwachsene in den Stadtteilen Langfuhr, Neufahrwasser, Neuhof-
land, Sierentz und Bröthen.

Die Kolonialwarenhändler dieser Stadtteile haben sich wegen
Abholung des Sirups sofort an die Einkaufsgesellschaft, Milch-
kennengasse 11, zu wenden.

Weitere Stadtteile werden später beliefert werden.

b) auf die Speisefettkarte: 125 Gramm Auslandsmargarine
zum Preise von 8,00 M. für das Pfund auf die Markt 8.

Verfallene Marken der Speisefettkarte dürfen nicht beliefert
werden.

Die Butterhändler erhalten die Bezugscheine für Margarine
am Montag, den 16. Februar, in der Zeit von 8½ bis 12½ Uhr
in der Molkereiabteilung, Tiefengasse 38.

5. Von Sonnabend, den 21. Februar: Auf die Lebensmittellarte:
500 Gramm Kunsthonig zum Preise von 2,80 M. für das
Pfund; Marken 31 und 19 A der Lebensmittellarten für Er-
wachsene und Kinder in Danzig und Marken 12 und 28 A
der Lebensmittellarten für Erwachsene und Kinder in den
Nachbargemeinden.

Der Kunsthonig wird von der Südzuckerfabrik Neufahrwasser
den Händlern innerhalb des Stadtbezirks frei Haus angeliefert;
falls es nicht schon geliefert ist. Die Händler aus Henbiude und
St. Adrecht und den ländlichen Nachbargemeinden müssen sich
jedoch den Honig von S. Anker, Hopfengasse, abholen und ihre
Marken ebenda selbst einzwecken, während die Marken der anderen
Händler nach wie vor bei ihren Großstiftern abzuliefern sind.

Die für Mühlenfabriken eingenommenen Marken haben die
Kolonialwarenhändler ihren Großhändlern einzurichten, die sie der
Verteilungsstelle weiterzugeben haben. — Die übrigen vereinbarten
Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich
einzureichen.

Die Kolonialwarenhändler haben bis Dienstag, den 17. 2. 1918,
ihre Bestände an Hoferflocken, die sie vom Magistrat bezogen
haben, der Nahrungsmittelstelle, Pfefferstadt 15, Zimmer 4,
schriftlich anzugeben.

Danzig, den 12. Februar 1920.

(580)
Der Magistrat.

Verordnung

über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.

Auf Grund der uns gemäß den §§ 1, 9 und 10 der Verord-
nung des Reichsministers über Maßnahmen gegen Wohnung-
mangel vom 28. September 1918 erteilten Ermächtigung ordnen
wir für den Bezirk der Stadt Danzig in Ergänzung unserer Ver-
ordnung vom 25. 10. 19 für den Bezirk der Stadt Danzig an:

§ 1.

Mieträume jeder Art dürfen nur auf Grund einer besonderen
schriftlichen Einwilligungserklärung des Magistrats (Wohnungs-
amts) bezogen werden.

§ 2.

Wer Mieträume ohne schriftliche Einwilligungserklärung des
Magistrats (Wohnungsamts) bezieht, wird auf Antrag des Ma-
gistrats mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft.

Die bezogenen Räume können durch die Beauftragten des Ma-
gistrats sofort im Zwangsweg geräumt werden.

§ 3.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auf die Vermietung
von möblierten, Pensions- oder Gasthauszimmern keine Anwen-
dung, es sei denn, daß es sich um die Abgabe einer wirtschaftlich
selbständigen Wohnung handelt.

Danzig, den 5. Februar 1920.

(581)
Der Magistrat.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Freitag, den 13. Februar 1920, abends 5 Uhr
Dauerkarten C 2.

Peer Gynt

Dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen.
In freier Bearbeitung für die deutsche Bühne von
Dietrich Eckert. Musik von Edward Grieg.
Sonnabend, den 14. Februar 1920, abends 6 Uhr
Dauerkarten D 2.

Bildschneider

Tragödie armer Leute von Karl Schönherr.
Hierauf Kindertragödie
in 3 Akten von Karl Schönherr.
Sonntag, den 15. Februar 1920, nachm. 2 Uhr
Zum 34. Male
Ermäßigte Preise.

Frau Holle

Weihnachtsmärchen mit Tanzeinlagen.
Abends 6 Uhr
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.
Zum 1. Male.

Revolutionshochzeit

Oper in 3 Akten von Sophus Michaelis.
Musik von Eugen d'Albert.
Montag, den 16. Februar 1920, abends 6 Uhr
Dauerkarten E 2.

Die lustigen Weiber von Windsor

Romantisch-satirische Oper in 3 Akten von Nicolai.



Heute neuer Spielplan.

Der Aufsehen erregende
große Ausland-Schlager:

„Das Erbogengeheimnis“

zweiter und letzter Teil
nach dem Roman von
Max Pemberton.

Außerdem:

Bruno Kastner

Ria Jende

in

Der Weltmeister

Sport-Schauspiel
in 4 herrlichen Akten.

524)

Lüftige Zeitungsvorläufer

bei gutem Verdienst steht sofort ein

Danziger Zeitung.

Angestellte der Eisenbahn Danzig

(Hauptbahnhof)

Am Sonnabend, den 14. Februar,
abends 5 Uhr, im Café Seeger, Schildzit

Grobes Winterfest

verbunden mit vielen Überraschungen.

Gäste herzlich willkommen.

Hierzu laden ergebnist ein Ber Vorstand.

526)



Ab heute
beginnt die Aufführung

Die Herbin der Welt

I. Teil mit Paul Wegener.

Die Freundin des gelben Hannes.

mit Mia May.

Der größte Prunk- u. Sensationsfilm, dessen Herstellung 8 Millionen Mark gekostet hat.

Falls infolge Bahnabsperre der eine oder andere Film nicht rechtzeitig antrifft, gelangt der große Oswald-Film

Die letzten Menschen

zur Aufführung.

Ein Hausbuch für die Arbeiterschaft

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch ist auf ordentlichem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell des menschlichen Körpers und viele Illustrationen.

Preis 8.— Mk.

Buchhandlung Volksstimme,
Am Spindhaus 6.

Neuerscheinung NEUE SAAT

Gedichte von Kurt Klauber.

Preis Mk. 1,50

Ein Arbeiter, der mit was denkt und fühlt, ein Arbeiterdichter tritt mit diesem Werke vor die breite Öffentlichkeit. Kein Versucher, sondern ein Dichter, der die innere Bewegung in sich führt. Das Büchlein ist durchweht von glühender Liebe zur Freiheit. Es ist so recht geeignet um zu lästern und zu stärken im Kampfe der Arbeit mit dem Kapital, es ruft zur Einigkeit aller Schaffenden.

Buchhandlung „Volksstimme“
Am Spindhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Was hat Gold braucht
Eine alte Seife, Schrotz-
und sich direkt a. R. Ullrich, Demen-Winkel, preiswert
Danziger Straße 8-9, im verkaufen. Gold

Walzgasse 17, 2 Fr. (1)

Arbeiter der Danziger Werft! Arbeiter-Sport-Karneval

Danzig.

Sonnabend, 14. Febr.,
abends 6 Uhr, im Stock-
turm (Heim der Natur-
freunde)

Karnevalversammlung.

Tagesordnung wird dort
bekannt gegeben. Pünkt-
liches und volljähriges Er-
scheinen sämtlicher Dele-
gierten erwartet. (534)

Der Vorberlebungs-
vorsitz



Lichtspiele
am Hauptbahnhof.

Von Freitag, den 13. bis
Donnerstag, d. 19. Februar
das große Monumental-
Filmwerk

„Monika Voigtsang“
nach der gleichnamigen
Novelle v. Felix Philipp.
Ein Drama v. ergreifender
Wirkung in 5 Akten
und einem Nachspiel.

Titelrolle:
Henny Porten.

Ferner
„Seine Seille“

Ein ergötzendes Lust-
spiel von sprudelndem
Witz und Humor in 3 Akt
mit Richard Alexander.
Vorführungen täglich:

3, 5 und 7½ Uhr.
Wir empfehlen dringend
den Besuch der ersten
Vors. engl. Es ist un-
vermeidlich, daß die Be-
sucher der späteren
Vors. elliungen auf Plätzen
warten müssen.

„Liebe vergeht –
Haß besteht!“

in 4 Abteilungen.

Ein Gottes-Gebet

nach einem Roman von
Anni Wothe. Ergreifendes,
packendes See-
manns-Drama in 5 Akt.

In den Hauptrollen:
Bruno Elßgrön und
Cläre Hayn.

Moritz als Schuhmann

Komödie mit Moritz Princ

Die Erinnerung

Amerik.Drama,koloriert.
Außerdem: Einstage.

525)

Gehrock-Anzüge

Frack-Anzüge

Smoking-Anzüge

Cutaway-Anzüge

in größter Auswahl

J. Rosenbaum

Breitegasse 128/29

Telefon 2121.

1814

Haar-

Nehheit

A

Schnellfrisur

Neuholt

Zippe,

Perücken,

Trässen,

Unterlagen,

Haarschneide,